

Meinungsartikel für die New York Times, veröffentlicht am 28. April 2020

Die Aufgabe unserer Zeit: Die Kranken retten und den Planeten am Leben erhalten

Mit einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Nationen, argumentiert der Chefdiplomat der Vereinten Nationen, könnten wir eine Pandemie schneller stoppen und den Klimawandel verlangsamen.

von António Guterres

António Guterres ist der Generalsekretär und ehemalige Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen.

Die COVID-19-Pandemie ist die größte Bewährungsprobe, der die Welt sich seit dem Zweiten Weltkrieg gegenübersteht. Es gibt eine natürliche Tendenz, im Angesicht einer Krise zuerst für sich selbst zu sorgen. Aber wer wahre Führungsstärke besitzt, weiß, dass es Zeiten gibt, in denen man in größeren Zusammenhängen und generöser denken muss. Dieses Denken stand hinter dem Marshallplan und der Gründung der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch jetzt ist wieder so ein Moment gekommen. Wir müssen als Gesellschaft und als internationale Gemeinschaft zusammenarbeiten, um Menschenleben zu retten, Leid zu lindern und die erschütternden wirtschaftlichen und sozialen Folgen von COVID-19 zu mildern.

Das Coronavirus trifft uns auf unmittelbare und schreckliche Weise. Wir müssen jetzt handeln, und wir müssen gemeinsam handeln. So wie wir auch gemeinsam handeln müssen, um eine andere globale Notsituation zu bewältigen, die uns bedrängt und die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen - den Klimawandel. Letzte Woche veröffentlichte die Weltorganisation für Meteorologie Daten, die zeigen, dass die Temperaturen bereits um 1,1 Grad Celsius über das vorindustrielle Niveau gestiegen sind. Die Welt ist auf dem Weg in eine Klimakatastrophe, vor der sich niemand selbst isolieren kann.

Jetzt, auf jedem Kontinent und in jedem Meer wird die Störung des Klimasystems zur neuen Normalität. Menschliches Verhalten führt außerdem zu einem drastischen Artenschwund, verändert die Beziehung zwischen Tier und Mensch und deformiert die Ökosystemprozesse, die die Gesundheit unserer Erde regulieren und viele Leistungen steuern, auf die der Mensch angewiesen ist. Die Wissenschaft schreit uns zu, dass die Zeit knapp wird und wir uns einem Punkt nähern, an dem es für die Gesundheit des Menschen, die von der Gesundheit des Planeten abhängt, kein Zurück mehr gibt.

Um den Klimawandel und COVID-19 gleichzeitig und hinreichend zu bekämpfen, bedarf es einer nie zuvor aufgebotenen Gegenwehr, damit Menschenleben und Lebensgrundlagen geschützt werden können. Der Weg aus der Coronavirus-Krise darf uns nicht nur dorthin zurückführen, wo wir im letzten Sommer waren. Uns bietet sich die Chance, nachhaltigere und inklusivere Volkswirtschaften und Gesellschaften aufzubauen - eine widerstandsfähigere und mehr Wohlstand schaffende Welt. Die Internationale Organisation für erneuerbare Energien veröffentlichte vor kurzem Daten, aus denen hervorgeht, dass eine Transformation der Energiesysteme das Welt-Bruttoinlandsprodukt bis 2050 um 98 Billionen Dollar steigern und so ein um 2,4 Prozent höheres BIP-Wachstum erbringen könnte als nach derzeitiger Planung. Allein durch die Steigerung von Investitionen in erneuerbare Energien würden weltweit 42 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, Einsparungen im Gesundheitswesen in Höhe des Achtfachen der Investitionskosten bewirkt und eine künftige Krise verhindert werden.

Ich schlage sechs Klimaschutzmaßnahmen vor, die die Staaten erwägen sollten, sobald sie sich daranmachen, ihre Volkswirtschaften, Gesellschaften und Gemeinwesen wiederaufzubauen.

Erstens: Die Billionensummen, die wir zur Überwindung von COVID-19 ausgeben, müssen mit einem Wandel hin zu einer sauberen, grünen Zukunft einhergehen, in der neue Arbeitsplätze und Unternehmen geschaffen werden. Investitionen müssen die Umstellung auf eine durchgehend CO₂-arme Wirtschaft beschleunigen.

Zweitens: Wo das Geld der Steuerzahlenden Unternehmen rettet, muss es grüne Arbeitsplätze und nachhaltiges und inklusives Wachstum generieren. Es darf nicht in die Rettung veralteter umweltverschmutzender, CO₂-emissionsintensiver Industrien fließen.

Drittens: Der Wandel von grauen in grüne Volkswirtschaften muss durch steuer- und finanzpolitische Maßnahmen befeuert und so gestaltet werden, dass er für alle fair ist und niemanden zurücklässt, damit Mensch und Gesellschaft widerstandsfähiger daraus hervorgehen.

Viertens: Öffentliche Mittel sollten in zukunftsfähige Sektoren und Projekte fließen, die der Umwelt und dem Klima helfen. Die Subventionierung fossiler Brennstoffe muss enden, und wer die Umwelt verschmutzt, muss dafür zahlen.

Fünftens: Das globale Finanzsystem muss bei der Gestaltung von Politik und Infrastruktur klimabezogene Risiken und Chancen berücksichtigen. Investoren dürfen nicht länger den Preis ignorieren, den unser Planet für ein nicht nachhaltiges Wachstum zahlt.

Sechstens: Um den zweifachen Notstand zu überwinden, müssen wir als internationale Gemeinschaft zusammenarbeiten. Treibhausgase schenken Grenzen ebenso wenig Beachtung wie das Coronavirus. Isolation ist eine Falle. Kein Land kann alleine erfolgreich sein.

Das Klimaübereinkommen von Paris und die von den Vereinten Nationen 2015 festgelegten Ziele für nachhaltige Entwicklung geben uns die Marschroute und das Instrumentarium für einen besseren Weg aus der Krise an die Hand. Während Großbritannien und Italien vernünftigerweise entschieden haben, die diesjährige jährliche internationale Klimakonferenz auf 2021 zu verschieben, können wir es uns nicht leisten, beim Klimaschutz zu zögern oder unsere Ambitionen zurückzuschrauben. Die Regierungen müssen ihrer Verpflichtung nachkommen, neue nationale Klimapläne und längerfristige Strategien vorzulegen, um die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Null zu senken.

Ich fordere die Europäische Union eindringlich auf, den im vergangenen Jahr vorgestellten „Green Deal“ in den Mittelpunkt ihrer wirtschaftlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie zu stellen und an ihrer Zusage festzuhalten, einen neuen und ambitionierteren Klimaschutzplan und eine langfristige Strategie im Einklang mit dem Ziel der Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 vorzulegen. Einen ähnlichen Appell richte ich an alle G20-Länder, die zusammen für mehr als 80 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind und mehr als 85 Prozent der Weltwirtschaft repräsentieren. Wir können die Klimakrise nicht ohne ein koordiniertes Vorgehen unter der Führung der G20 lösen.

Ich begrüße den Führungswillen von Ländern wie Südkorea, das bislang in vorbildlicher Weise mit der Pandemie umgegangen ist und anderen Ländern diesbezüglich Unterstützung leistet und nun mit seinem eigenen „Green New Deal“ eine Vorreiterrolle übernehmen will. Ermutigend ist auch, dass die japanische Mizuho Financial Group einen Finanzierungsstopp für Kohlekraftwerke angekündigt hat und andere Organisationen wie die Simitomo Misui Financial Group sich in diese Richtung bewegen.

Und erst letzte Woche haben sich selbst inmitten der COVID-Katastrophe die kleinsten und verwundbarsten Mitglieder des UN-Systems, die kleinen Inselnationen, erneut auf das Ziel des Klimaschutzes verpflichtet. Ihr Vorgehen sollte allen als Inspiration dienen.

Junge Menschen auf der ganzen Welt fordern robustere, raschere und ehrgeizigere Klimaschutzmaßnahmen, weil sie verstehen, dass dies der einzige Weg ist, ihre Zukunft zu sichern. Desgleichen sagen uns viele einflussreiche Unternehmensverantwortliche, dass Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung die einzige Möglichkeit sind, ihre Gewinne zu schützen und zu stärken.

Seit Jahren werden die jungen Menschen von uns im Stich gelassen, weil wir die Erde zerstören und nicht diejenigen schützen, die bei Krisen am verwundbarsten sind. Wir haben ein schmales Zeitfenster für die Kurskorrektur - indem wir eine bessere Welt wiederaufbauen und nicht zu einer Welt zurückkehren, auf der es nur einer Minderheit ihrer Bürger und Bürgerinnen gut geht.

Wir müssen jetzt weltweit das Coronavirus um unser aller Willen bekämpfen und gleichzeitig umgehend ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen zugunsten einer saubereren und grüneren Welt mit mehr Wohlstand und Gerechtigkeit ergreifen.

António Guterres, der neunte Generalsekretär der Vereinten Nationen, trat 2017 sein Amt an.